

Kantonales Integrationsprogramm 2018 - 2021

Auswertungsbericht der Vernehmlassung



Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
2	Wer hat geantwortet?	4
3	Ergebnis der Vernehmlassung.....	5
3.1	Sie einverstanden mit der Stossrichtung des Kantonalen Integrationsprogramms?	5
3.2	Sind Sie einverstanden mit der finanziellen Gewichtung der einzelnen Massnahmen?	8
3.3	Fehlen Ihrer Ansicht nach Massnahmen? Wenn ja, welche?	10
3.4	Allgemeine Bemerkungen.....	10
4	Zusammenfassung der Auswertung	14

1 Einleitung

Die vierjährigen Kantonalen Integrationsprogramme (KIP) wurden 2014 gestartet mit dem Ziel, die bestehenden Integrationsmassnahmen in den Kantonen und Gemeinden zu verstärken, Lücken zu schliessen und regionale Unterschiede auszugleichen. Am 25. Januar 2017 beschloss der Bundesrat, die Kantonalen Integrationsprogramme für die Zeitspanne von 2018 bis 2021 fortzusetzen.

Mit dem Kantonalen Integrationsprogramm 2014-2017 (KIP 1) ist im Kanton Uri in vielen Bereichen der Integrationsförderung wichtige Aufbauarbeit geleistet worden. Mit dem Kantonalen Integrationsprogramm 2018-2021 (KIP 2) sollen diese Massnahmen weitergeführt und optimiert sowie neue Massnahmen initiiert werden.

Die Vernehmlassung dauerte von Anfang bis Ende Mai 2017.

2 Wer hat geantwortet?

Gemeinderat Altdorf	ja
Gemeinderat Andermatt	ja
Gemeinderat Attinghausen	ja
Gemeinde Bauen	ja
Gemeinderat Bürglen	ja
Gemeinderat Erstfeld	ja
Gemeinderat Flüelen	ja
Gemeinderat Göschenen	nein
Gemeinderat Gurtellen	ja
Gemeinderat Hospental	nein
Gemeinderat Isenthal	ja
Gemeinderat Realp	nein
Gemeinderat Schattdorf	ja
Gemeinderat Seedorf	ja
Gemeinderat Seelisberg	ja
Gemeinderat Silenen	ja
Gemeinderat Sisikon	ja
Gemeinderat Spiringen	ja
Gemeinderat Unterschächen	ja
Gemeinde Wassen	ja
Schulrat Kreisschule Urner Oberland	ja
Wirtschaft Uri	nein
FDP Uri	ja

3 Ergebnis der Vernehmlassung

3.1 Sie einverstanden mit der Stossrichtung des Kantonalen Integrationsprogramms?

Ja	Nein	Ja/Nein
FDP Uri, GR Altdorf, GR Andermatt, GR Attinghausen, GR Bauen, GR Bürglen, GR Erstfeld, GR Flüelen, GR Isenthal, GR Schattdorf, GR Seedorf, GR Seelisberg, GR Silenen, GR Sisikon, GR Wasen		GR Unterschächen

Kommentar

FDP Uri	<p>Grundsätzlich ist die Stossrichtung des Integrationsprogramms zu begrüßen. Dennoch sind einige Anmerkungen anzubringen. Das Problem wird sich weniger bei Migranten aus dem Schengen-Raum stellen (Arbeitsmigranten; Personenfreizügigkeit) als vielmehr bei Migranten/-innen aus Drittstaaten, welche unter dem Titel Asyl sesshaft zu werden versuchen. Stellt man auf die rechtlichen Kriterien des Asylgesetzes ab, so ist nicht zu bestreiten, dass es relativ viele Menschen unter den Asylbewerbern/-innen hat, die mit grosser Wahrscheinlichkeit, gemessen an den Kriterien des Asylgesetzes, keinen Anspruch auf Asyl haben, was im Klartext heisst - falls es sich nicht um vorläufig Aufgenommene handelt - dass sie das Land wieder verlassen müssten, sobald der letztinstanzliche negative Entscheid in Rechtskraft erwachsen ist. Bei solchen Konstellationen sendet die Stossrichtung des Integrationsprogrammes die falschen Signale aus, eine Entwicklung, welche bei den Betroffenen schliesslich grosse Enttäuschungen auslösen wird. Denn es trägt auch subtil dazu bei, die Geltung des Asylgesetzes und die Rechtsbegriffe, die darin verankert sind, zu verwässern, bzw. nicht mehr ernst zu nehmen. Wer mit allen Mitteln zu integrieren versucht wird, macht sich leicht Hoffnungen auf ein Bleiberecht trotz negativen Asylentscheids. Das sind dann die bekannten "Härtefälle". Anders verhält es sich unseres Erachtens bei Personen, die zwar keinen Asylstatus erhalten, die aber, aus</p>
---------	---

	<p>welchen Gründen auch immer, vorläufig nicht in ihre Heimat zurückgeschickt werden können, weil es z.B. aufgrund von Kriegswirren schlicht nicht zumutbar ist und deshalb auf unbestimmte Zeit humanitären Schutz brauchen. Bei solchen Migranten/-innen sind die Integrationsbemühungen, wie sie im Integrationsprogramm formuliert werden, zu begrüssen. Insbesondere auch dann, wenn es sich um Familien handelt, die Kinder bei sich haben. Da scheint mir, ist es sehr wichtig, dass unser Gemeinwesen dazu beiträgt, dass diese Kinder und Jugendlichen nicht einen wichtigen Lebensabschnitt an Beschulung und Berufsausbildung einfach nur aufgrund ihres vorläufigen Status verpassen. Die vorläufig Aufgenommenen sollten sich denn auch möglichst wohl fühlen können. Die integrative Stossrichtung und die entsprechenden Massnahmen des Integrationsprogrammes sind diesbezüglich zu begrüssen.</p>
<p>GR Altdorf</p>	<p>Der Gemeinderat Altdorf begrüsst die Stossrichtung des Integrations-programms. Insbesondere die Integration innerhalb der Regelstrukturen und der weitgehende Verzicht auf zusätzliche Strukturen wird aus Gründen der Kosten und der Effizienz, aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen heraus begrüsst. Die Verstärkung der Angebote im Bereich Bildung und Arbeit wird begrüsst</p>
<p>GR Andermatt</p>	<ul style="list-style-type: none"> – die Entwicklung zeigt sich positiv und stösst bei den Gemeinderäten auf Akzeptanz. – Der Förderbereich «Frühe Kindheit», welcher intensiviert wird, wird sich früher oder später positiv auszeichnen. – Dass auch schwierige Zielgruppen über Schlüsselpersonen erreicht werden sollen, wird unsererseits unterstützt. – Dabei ist die Anwendung der Regelstruktur der richtige Ansatz. Von einem Kompetenzzentrum ist weiterhin abzusehen. – Die Sprachförderung muss erstrangig sein. Dolmetscher sollen nur eingesetzt werden, wenn es erforderlich ist. – Begrüsst wird auch, dass auf Grösse und auf finanzielle Ressourcen der Gemeinde gemäss Punkt 1.5 Rücksicht genommen wird. – Ein intensiverer Einbezug der Gemeinden wird begrüsst. Hier ist anzumerken, dass die Gemeinden eine nicht identische Ausgangslage haben. Andermatt hat eine andere «Kundschaft» als eine andere Gemeinde

<p>GR Attinghausen</p>	<p>Der Gemeinderat Attinghausen begrüsst die Stossrichtung des Integrationsprogramms. Insbesondere die Integration innerhalb der Regelstrukturen und der weitgehende Verzicht auf zusätzliche Strukturen wird aus Gründen der Kosten und der Effizienz, aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen heraus begrüsst. Die Verstärkung der Angebote im Bereich Bildung und Arbeit wird begrüsst.</p>
<p>GR Bürglen</p>	<p>Die Stossrichtung findet der Gemeinderat richtig. Diese ist breit gefächert und somit auch breit abgestützt. Positiv wird beurteilt, dass im Förderbereich «Frühe Kindheit» investiert wird. Dies kommt der kommenden Generation zu Gute. Im Weiteren gibt es folgende Bemerkungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schwierig erreichbare Zielgruppen werden aufsuchend über Schlüsselpersonen in der Gemeinde erreicht. Die Schlüsselpersonen sind aus dem eigenen Kulturkreis. Der Zugang wird damit sicher besser und solche Personen können als «Türöffner» Kontakt herstellen. Dies wird unsererseits unterstützt. - Als Wirkungsziel wird festgehalten, dass ein Gesamtkonzept Arbeitsmarkt-Integration für ausländische Personen im Kanton Uri besteht. Diese Zielsetzung dient auch den Arbeitgebern, denn damit werden sie für alle Situationen geeignete Ansprechpersonen haben. Die Arbeitsmarkt-Integration stärkt auch die wirtschaftliche Situation und ist deshalb zu begrüssen. - Der Entscheid, dass kein Kompetenzzentrum geführt wird, ist richtig. Die Integration soll in den Regelstrukturen zu tragen kommen. Dies kann der Gemeinderat begrüssen. - Die Sprachförderung muss erstrangig sein. Dolmetscher sollen nur eingesetzt werden, wenn die Notwendigkeit gegeben ist. - Festgestellte negative Punkte in der Zusammenarbeit mit den Gemeinden dürfen nicht überbewertet werden. - Bei den Vorkindergarten-Deutschkursen, die im Bericht unter Punkt 1.5 Absatz 3 aufgeführt sind, ist richtig, dass auf Grösse und auf finanzielle Ressourcen der Gemeinde Rücksicht genommen wird. - Seite 25/26: Ein verstärkter Einbezug der Gemeinden ist im Grundsatz richtig. Diese Zielsetzung muss aber abgewogen werden mit den Bedürfnissen der einzelnen Gemeinden, welche aufgrund der Bevölkerungsstruktur sehr verschieden sein können
<p>GR Flüelen</p>	<p>Der zugestellte Entwurf zum KIP 2 ist eine umfangreiche, breit abgestützte Ausarbeitung zur Weiterent-</p>

	wicklung des KIP 1. Die Beteiligten und Intressengruppen sind weitgehend berücksichtigt. Sinnvolle Schwerpunktsetzung auf Regelstrukturen. Nutzung vorhandener Netzwerke und ausserkantonaler Anbieter für geplante Kooperationen, wo dies fachlich und ökonomisch sinnvoll ist.
GR Gurtellen	Weder ja noch nein. Das Angebot wird zu wenig genutzt. Wenn das Integrationsprogramm gesteuert würde, wäre die Stossrichtung gut.
GR Isenthal	Der Gemeinderat ist mit der Stossrichtung des Kantonalen Integrationsprogrammen einverstanden. Er begrüsst es, dass mit den vorhandenen Strukturen gearbeitet wird und dadurch zusätzliche Kosten vermieden werden können. Der Ausbau im Bereich Arbeit und Bildung wird geschätzt.
GR Seedorf	Die Stossrichtung des KIP 2 wird begrüsst. Der Gemeinderat begrüsst es insbesondere, dass wo immer möglich eine Integration innerhalb der Regelstrukturen stattfinden soll. Es ist zu vermeiden, dass für Migrantinnen und Migranten zusätzliche Strukturen aufgebaut werden müssen, da dies aufgrund der relativ geringen Anzahl betroffener Personen nicht sinnvoll und verhältnismässig ist.
GR Wassen	Grundsätzlich ist die Stossrichtung richtig und gut formuliert. Zu Pt 1.5.: Der Gemeinderat Wassen möchte jedoch erwähnen (wie bereits in der Vernehmlassung zu den Erstbegrüssungsgesprächen), dass er aus verschiedenen Gründen die Erstbegrüssungsgespräche auch zentral beim Amt für Arbeit und Migration sieht. Dies aus Gründen der knappen Ressourcen bei den Gemeinden. Ausserdem sind das Know-How, die notwendigen Kontakte und Informationen bei einer zentralen Lösung besser gewährleistet.
SR KSUO	Weder ja noch nein. Das Angebot wird zu wenig genutzt. Wenn das Integrationsprogramm gesteuert würde, wäre die Stossrichtung gut.

3.2 Sind Sie einverstanden mit der finanziellen Gewichtung der einzelnen Massnahmen?

Ja	Nein	Ja/Nein
FDP Uri, GR Altdorf, GR Attinghausen, GR Bauen, GR Erstfeld, GR Flüelen,		GR Bürglen, GR Unterschächen

GR Gurtnellen, GR Isenthal, GR Schattdorf, GR Seedorf, GR Seelisberg, GR Silenen, GR Sisikon, GR Wassen, SR KSUO		
--	--	--

Kommentar

FDP Uri	Integration kostet etwas. Aber es sind gut investierte Mittel, wenn dadurch soziale und kulturelle Spannungen vermindert werden können.
GR Andermatt	Hier kann keine abschliessende Beurteilung abgegeben werden, da uns klar ausgewiesene Vergleichsreferenzen fehlen.
GR Bürglen	Diese Frage ist für den Gemeinderat schwierig zu beurteilen. Der Bericht enthält nämlich keine Analyse, ob im KIP 1 in den einzelnen Förderbereichen zu wenig oder zu viele finanzielle Mittel vorhanden waren. Wir gehen deshalb davon aus, dass die finanzielle Gewichtung als Erfahrungswert in das neue Projekt übernommen wird. Es stellt sich für uns die Frage, ob in der vorangegangenen Periode, also im KIP 1, die Budgets eingehalten werden konnten.
GR Erstfeld	Wir unterstützen insbesondere, dass Sprache (Erwerb der deutschen Sprache) und Arbeit (Eingliederung in den Arbeitsmarkt) im Zentrum stehen. Generell sind die Kosten relativ hoch.
GR Flüelen	Konzeptionell nachvollziehbare Finanzierung. In noch nicht absehbaren Bereichen wie z.B. "aufsuchende Beratung mit Schlüsselpersonen" sind Evaluationen geplant und mögliche Anpassungen vorgesehen.

3.3 Fehlen Ihrer Ansicht nach Massnahmen? Wenn ja, welche?

Ja	Nein
GR Gurtellen, SR KSUO	GR Altdorf, GR Andermatt, GR Attin- ghausen, GR Bürglen, GR Erstfeld, GR Flüelen, GR Isenthal, GR Schattdorf GR Seedorf, GR Seelisberg, GR Sile- nen, GR Sisikon, GR Spiringen, GR Un- terschächen, GR Wassen

Kommentar

FDP Uri	Diese Frage kann von uns nicht beantwortet werden. Aber es ist zu erwarten, dass ein Massnahmekatalog nie abschliessend formuliert werden kann und dass auch immer wieder andere Bedürfnisse sich zeigen, je nach der Entwicklung der Migration.
GR Bauen	Kann in Bauen nicht beurteilt werden (keine grossen Erfahrungen).
GR Flüelen	Die Rolle der Vereine, als unterstützungswürdige Institutionen in den Gemeinden, sollte stärker betont werden. Grundsätzlich sollten die langfristigen Erwartungen an die Gemeinden und deren Aufgaben klarer dargestellt werden.
GR Gurtellen	Obligatorische Angebote
SR KSUO	Obligatorische Angebote

3.4 Allgemeine Bemerkungen

FDP Uri	Ein Schwerpunkt war hier, dass ein stärkerer Einbezug der Wirtschaft mit spezieller Berücksichtigung der KMU. Speziell gilt es hier, auch die Interessen der Arbeitgebenden zu berücksichtigen. Deutliche Schwerpunkte sind die Themen "Sprache, Arbeitsintegration und Soziale Integration". Gewisse Unklarheiten bestehen z.B. in der Vorstellung "aufsuchende Arbeit durch Schlüsselpersonen". Gemeint sind hier der Einbezug "integrierter Personen". Der Wunsch kam aus den Reihen der Vertretenden der Migranten/-innen. Aufwand und Durchführung sind noch nicht geklärt.
GR Altdorf	Die Gemeinde Altdorf als Standortgemeinde des Sozialdienstes Uri Nord begrüsst die Absicht, die Beratung

	für Migrantinnen und Migranten weiterhin durch den Sozialdienst Uri Nord durchführen zu lassen.
GR Andermatt	Wir haben die Auffassung, dass im KIP 1 gute Arbeit geleistet wurde. Wir sind zuversichtlich, dass dies auch im KIP 2 erfolgt und gelingen wird.
GR Bürglen	Wir haben die Auffassung, dass im KIP 1 gute Arbeit geleistet wurde. Wir sind zuversichtlich, dass dies auch im KIP 2 erfolgt und gelingen wird.
GR Erstfeld	<p>Wir stellen fest, dass es sehr viele Angebote gibt und diese Fülle etwas unübersichtlich ist. Es wäre gut, wenn es eine Auflistung gäbe, wo auf einen Blick alle Angebote ersichtlich sind (inkl. Angabe, wer diese Angebote anbietet). Unserer Meinung ist es wichtig, das Wesentliche (v.a. Sprache und Arbeit) nicht aus den Augen zu verlieren. Die Anzahl verschiedener Massnahmen soll nicht weiter erhöht werden.</p> <p>Wir stellen weiter fest, dass viele der Massnahmen sich an jüngere Menschen wenden. Dies ist auch richtig so. Bei älteren Migrantinnen und Migranten (erste Generation) ist punkto Integration vieles nicht mehr nachzuholen. Diese Feststellung ist für uns neutral und nicht wertend gemeint. Entsprechend ist es in unseren Augen aber auch nicht sinnvoll, in solchen Fällen noch viel Geld zu investieren.</p> <p>Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme.</p>
GR Flüelen	Zum besseren Verständnis wäre die genaue Definition der Zielgruppen voran zu stellen, bzw. auch in der Zusammenfassung zu erwähnen. Aus den vorliegenden Zielen und Massnahmen sollte eine Priorisierung mit den Schwerpunkten Spracherwerb, Arbeits- und Sozialintegration erarbeitet werden. Anleitungen mit praktischen Beispielen könnten die Rolle der Gemeinden und des Kantons aufzeigen. Die Rolle des Integrationsverantwortlichen müsste in Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Gemeinden definiert werden.
GR Isenthal	Die Gemeinde Isenthal ist dem Sozialdienst Uri Nord angegliedert und begrüsst es, dass die Beratung für Migrantinnen und Migranten, weiterhin beim Sozialdienst Uri Nord bleiben soll
GR Sisikon	Der Gemeinderat Sisikon begrüsst die Stossrichtung des Integrationsprogramms. Insbesondere die Integration innerhalb der Regelstrukturen und der weitgehende Verzicht auf zusätzliche Strukturen wird aus Kostengründen, aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, begrüsst. Die Verstärkung der Angebot Bildung und Arbeit wird begrüsst!

<p>GR Seedorf</p>	<p>Die Finanzierung erfolgt durch Kantonsbeiträge, durch Bundesbeiträge aus dem Integrationsförderkredit und durch die Integrationspauschale des Bundes. Die Gemeinden haben keine Kosten zu tragen. Es ist dem Gemeinderat trotzdem ein Anliegen, dass eine strikte Kostenkontrolle erfolgt und dass die Kosten für das Programm nicht höher ausfallen.</p> <p>Der Gemeinderat würde es begrüßen wenn nach Ablauf des KIP 2 im Jahr 2021 ein Wirkungsbericht erstellt wird und dieser auch den Gemeinden zur Kenntnis gebracht wird.</p>
<p>GR Seelisberg</p>	<p>Die grundsätzliche Stossrichtung des Konzeptes wird begrüsst, vor allem das Ziel der Integration innerhalb der bestehenden Strukturen. Die vorgesehene Fortführung der Leistungsvereinbarung mit dem Sozialdienst Uri Nord wird vom Gemeinderat Seelisberg begrüsst. Die Zusammenarbeit mit dem Sozialdienst und die Qualität der geleisteten Arbeit wird vom Gemeinderat Seelisberg als sehr hoch eingestuft.</p>
<p>GR Silenen</p>	<p>Aus Sicht des Gemeinderates Silenen ist die Durchführung einer Vernehmlassung in der vorliegenden Form (Fragebogen mit drei Ja / Nein-Fragestellungen) und der viel zu kurz bemessenen Frist nicht sinnvoll, sondern vielmehr eine Alibiübung. Der Gemeinderat Silenen hat sich in der Vergangenheit bereits mehrmals negativ über den engen und kanalisierenden Fragekatalog bzw. über das von der Bildungs- und Kulturdirektion vorgegebene, einschränkende Vernehmlassungsformular geäußert. Während wir uns in den zurückliegenden Vernehmlassungen jeweils erlaubten in briefform ausführlich Stellung zu nehmen, verzichten wir vorliegend aus Effizienzgründen und aufgrund einer gewissen Resignation auf weitere Ausführungen und / oder Bemerkungen.</p>
<p>GR Spiringen</p>	<p>Das KIP 2 ist in der Ausgestaltung seiner Massnahmen sehr breit gefächert. Für Laien ist es schwierig, sich einen Überblick über all diese vorgeschlagenen Integrationsmassnahmen zu verschaffen. Es kann festgestellt werden, dass mit dem Integrationsprogramm ein kostspieliger Sozialapparat aufgebaut wird. Insbesondere Massnahmen, die durch eine Anschubfinanzierung initiiert werden, verursachen unserer Ansicht nach Folgekosten, welche den Steuerzahler direkt betreffen werden. Es stellt sich die Frage, ob anstatt nur zu informieren, auch die Meinung der Bevölkerung direkt abgeholt werden sollte.</p> <p>Es ist für uns unumstritten, dass die Förderung der Integration wichtig ist. Es fragt sich aber ob es gerechtfertigt ist, dass – trotz allgemeiner Sparbemühungen –</p>

	<p>der Kantonsbeitrag mehr als Fr. 50'000 höher budgetiert werden soll, als das vom Bund gesprochene Kostendach.</p> <p>Im Kanton Uri bestehen aus unserer Sicht verschiedene Möglichkeiten und Angebote am aktiven Vereins- und Dorfleben teilzunehmen. Die Integration kann so ohne kostspielige Massnahmen gefördert werden. Ein aktiver Integrationswille ist dafür natürlich eine wichtige Voraussetzung. Wir sind der Meinung, dass das Integrationsprogramm schlank gehalten werden sollte. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob zusätzliche Stellen beim Kanton neu geschaffen werden müssen.</p>
<p>GR Unterschächen</p>	<p>Das KIP 2 ist in der Ausgestaltung seiner Massnahmen sehr breit gefächert. Für Laien ist es schwierig, sich einen Überblick über all diese vorgeschlagenen Integrationsmassnahmen zu verschaffen. Es kann festgestellt werden, dass mit dem Integrationsprogramm ein kostspieliger Sozialapparat aufgebaut wird. Insbesondere Massnahmen, die durch eine Anschubfinanzierung initiiert werden, verursachen unserer Ansicht nach Folgekosten, welche den Steuerzahler direkt betreffen werden. Es stellt sich die Frage, ob anstatt nur zu informieren, auch die Meinung der Bevölkerung direkt abgeholt werden sollte.</p> <p>Es ist für uns unumstritten, dass die Förderung der Integration wichtig ist. Es fragt sich aber ob es gerechtfertigt ist, dass - trotz allgemeiner Sparbemühungen - der Kantonsbeitrag mehr als Fr. 50'000 höher budgetiert werden soll, als das vom Bund gesprochene Kostendach.</p> <p>Im Kanton Uri bestehen aus unserer Sicht verschiedene Möglichkeiten und Angebote am aktiven Vereins- und Dorfleben teilzunehmen. Die Integration kann so ohne kostspielige Massnahmen gefördert werden. Ein aktiver Integrationswille ist dafür natürlich eine wichtige Voraussetzung. Wir sind der Meinung, dass das Integrationsprogramm schlank gehalten werden sollte. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob zusätzliche Stellen beim Kanton neu geschaffen werden müssen.</p> <p>Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.</p>
<p>GR Wassen</p>	<p>Danke für die Möglichkeit zur Stellungnahme.</p>

4 Zusammenfassung der Auswertung

Zur Vernehmlassung zum Kantonalen Integrationsprogramm 2018-2021 (KIP 2) eingeladen waren alle Gemeinderäte sowie Wirtschaft Uri. Die Schulräte erhielten die Vernehmlassungsunterlagen zur Kenntnis. Von den 20 Gemeinden antworteten 17; Wirtschaft Uri antwortete nicht. Der Schulrat der Kreisschule Urner Oberland sowie die FDP Uri nahmen ebenfalls Stellung zum KIP 2. Nachfolgend werden die Antworten auf die in der Vernehmlassung gestellten Fragen zusammengefasst.

Sind Sie einverstanden mit der Stossrichtung des Kantonalen Integrationsprogramms?

Es zeigen sich alle Antwortenden grundsätzlich mit der Stossrichtung einverstanden, der Gemeinderat Unterschächen kreuzt sowohl Ja als auch Nein an, ohne dies weiter zu begründen.

Es wird von der FDP Uri angemerkt, dass die Zielgruppe der Integrationsmassnahmen zu präzisieren sei. Diese Anregung wurde aufgenommen, und so wird an mehreren Stellen im Bericht präzisiert, welche Personengruppen zur Zielgruppe gehören, und es wird explizit dargelegt, dass Asylsuchende nicht zur Zielgruppe gehören.

Mehrere Antwortende betonen, dass der Verzicht auf zusätzliche Strukturen wie beispielsweise ein Kompetenzzentrum für Migrantinnen und Migranten begrüsst wird. Weiter werden Projekte im Bereich der frühen Kindheit sowie das Projekt der aufsuchenden Beratung durch Schlüsselpersonen positiv hervorgehoben.

Zwei Antworten beziehen sich auf die Nutzung der Angebote. Die Massnahmen würden zu wenig genutzt. Es bleibt unklar, worauf diese Aussagen fussen. An dieser Stelle soll jedoch festgehalten werden, dass im Rahmen der Steuerung des Kantonalen Integrationsprogramms (vgl. Kapitel 1.9 und 1.10) Daten zur Nutzung der Angebote erhoben und ausgewertet werden und falls nötig Massnahmen zur Steigerung der Nutzung initiiert werden.

Sind Sie einverstanden mit der finanziellen Gewichtung der einzelnen Massnahmen?

Bis auf zwei Gemeinderäte kreuzen alle Antwortenden Ja an. Die Gemeinderäte Bürglen und Unterschächen kreuzen sowohl Ja als auch Nein an. Bürglen präzisiert diese Angabe, indem angemerkt wird, dass diese Fragen schwierig zu beantworten sei, da der Bericht keine Analyse enthalte, ob im KIP 1 in den einzelnen Förderbereichen zu wenig oder zu viele finanzielle Mittel vorhanden waren. Zu dieser Stellungnahme kann angefügt werden, dass man sich bei der Budgetierung der Massnahmen an den Ausgaben im KIP 1 orientiert hat. Im KIP 1 konnten die Budgets eingehalten werden.

Fehlen Ihrer Ansicht nach Massnahmen? Wenn ja, welche?

Der Gemeinderat Gurnellen und der Schulrat Kreisschule Urner Oberland kreuzen Ja an. Beide beziehen sich darauf, dass obligatorische Angebote fehlen. Dazu kann Folgendes erläutert werden: Für Personen aus Drittstaaten gibt es die Möglichkeit, gestützt auf Art. 54 Abs. 1 AuG, die Erteilung einer Aufenthalts- oder Kurzaufenthaltsbewilligung mit der Bedingung zu verbinden, dass ein Sprach- oder Integrationskurs besucht wird. Personen aus EU/EFTA-Staaten können nicht zur Teilnahme an Integrationsmassnahmen verpflichtet werden. Für alle weiteren Massnahmen, neben Sprachkursen, gibt es keine gesetzliche Grundlage, worauf man Migrantinnen und Migranten zur Teilnahme verpflichten könnte. Im Rahmen von Erstbegrüssungsgesprächen werden sogenannte Integrationsempfehlungen abgegeben. Verbindliche Integrationsvereinbarungen werden nicht abgeschlossen. Wie im Bericht beschrieben, soll in der zweiten Programmphase ein besonderes Augenmerk auf diese Integrationsempfehlungen gelegt werden. Es soll systematisch dokumentiert und überprüft werden, ob die Empfehlungen umgesetzt wurden. Sollte sich zeigen, dass die Empfehlungen in zu geringem Masse umgesetzt werden, ist es vorstellbar, das Instrument der Integrationsvereinbarungen anzuwenden.

Der Gemeinderat Flüelen fügt an, dass die Erwartungen an die Gemeinden klarer dargestellt werden sollte. Dieser Hinweis wurde aufgenommen und ins Kapitel 1.5 eingearbeitet.

Allgemeine Bemerkungen

Bei den allgemeinen Bemerkungen wird deutlich, dass die Antwortenden grundsätzlich hinter dem KIP 2 stehen. Es wird als wichtig erachtet, dass die vielen Angebote koordiniert werden. Dies ist die Aufgabe der Ansprechstelle Integration, die sie auch in der zweiten Programmphase wahrnehmen wird. Auch gehört es zur Aufgabe der Ansprechstelle Integration – unter Einbezug weiterer relevanter Akteure – bislang noch eher vage beschriebene Konzeptentwicklungen wie beispielsweise die aufsuchende Beratung mit Schlüsselpersonen zu konkretisieren und umzusetzen.

Als allgemeine Bemerkung wird nochmals angeregt, die Zielgruppe der Massnahmen zu definieren und die Erwartungen an die Gemeinden zu präzisieren. Beides wurde in den Bericht zum KIP 2 aufgenommen.

Die Gemeinde Seedorf regt an, einen Wirkungsbericht zu erstellen. Dies wird im dritten Programmjahr getan. Es ist 2020 eine externe Evaluation geplant, um die Erreichung der Leistungs- und Wirkungsziele zu überprüfen.

Die Gemeinde Silenen merkt an, dass die Vernehmlassungsfrist zu kurz und dass der Fragebogen einengend gewesen sei. Dass die Frist sehr kurz bemessen war, ist den Verantwortlichen bewusst. Die kurze Frist ergab sich zum einen aus der gewollt breiten Abstützung des Programms und zum anderen aus dem vom Bund vorgegebenen Zeit-

plan. Die Vernehmlassung wurde mehrmals angekündigt. Der Vernehmlassungsfragebogen dient lediglich als Orientierungshilfe. Die Antwortenden sind nicht verpflichtet, sich bei der Stellungnahme an den Fragebogen zu halten.

Zwei Gemeinden stellen die Frage, ob die Kosten gerechtfertigt sind. Der Kantonsbeitrag ist um mehr als CHF 50'000.- höher budgetiert als die vom Bund bewilligte Äquivalenzleistung. In diesem Zusammenhang kann festgehalten werden, dass das KIP 2 im Unterschied zum KIP 1 das Integrative Brückenangebot enthält, das der Regierungsrat im August 2016 beschlossen hat. Das Brückenangebot und der Vorkurs werden dem KIP 2 angerechnet, was die Kosten im Vergleich zum KIP 1 erhöht, aber auch dazu führt, dass das Kostendach des Bundes ausgeschöpft werden kann.

Fazit

Es zeigt sich, dass die Antwortenden hinter dem KIP 2 stehen. Die allgemeine Stossrichtung und die finanzielle Gewichtung werden begrüsst. Die Massnahmen werden als vielfältig und vollständig eingestuft.



BILDUNGS- UND KULTURDIREKTION
ANSPRECHSTELLE INTEGRATION